

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>  GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  vom: 16.11.2012 eingegangen: 16.11.2012	Gremium:	<b>44. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>15.01.2013</b> <b>1317</b> <b>9</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 2</b>
<b>Karlsruher Netzwerk gegen Rechts</b>		

- Kurzfassung -

Die Stadt Karlsruhe begrüßt und unterstützt gewaltfreie Aktionen gegen rechtsextreme Tendenzen. Sie hat sich in der Vergangenheit im Kampf gegen Rechtsextremismus engagiert und wird dies auch in Zukunft tun.

Der Stadtjugendausschuss e. V. Karlsruhe arbeitet aktiv gegen Rassismus und rechtsradikale Gesinnung.

Außerdem gibt es vielfältige weitere Aktionen und Initiativen in der Zivilgesellschaft und der Stadtverwaltung, bspw. das Städtenetzwerk gegen Rassismus ECCAR, die „Wochen gegen Rassismus“, die Kampagne „Karlsruhe zeigt Flagge“ und die Initiative „Respekt!“

Der Stadtjugendausschuss arbeitet auch gerade daran, alle an der Thematik Beteiligten an einem dauerhaften Runden Tisch zusammenzubringen.

Sollte sich dabei abzeichnen, dass eine zentrale Koordinierungsstelle notwendig ist, wäre es aber zielführender, diese direkt beim Bürgermeisteramt einzurichten.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Kontierungsobjekt:					
Ergänzende Erläuterungen:					
Kontenart:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Bürgergesellschaft		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Das Eintreten gegen rechtsextremistische, fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen und Aktivitäten und der Einsatz für Toleranz, Völkerverständigung und eine aktive Willkommenskultur sind besondere Anliegen der Verwaltung. Diese konsequente, alle gesellschaftlichen Kräfte einbeziehende Haltung hat sich zuletzt 2008 bei der Verhinderung eines rechtsextremistischen Schulungszentrums in Durlach mit der Kampagne „Karlsruhe zeigt Flagge gegen Rechts“ bewährt. Diese Flaggenkampagne wurde auf weitere Facetten erweitert und wird in kleinerem Umfang fortgeführt.

Allerdings hat sich das Erscheinungsbild der rechtsextremen Szene in Karlsruhe in den letzten Jahren verändert. Sie zeigt sich nicht mehr so offensiv und öffentlichkeitswirksam. Vielmehr haben sich die Aktivitäten der betreffenden Personen und Gruppen in der vergangenen Zeit eher in andere Regionen und vor allem auch in das Internet verlagert. Eine neue Herausforderung bilden zudem rassistische bzw. antisemitische Tendenzen in migrantischen Kreisen und „Islamhetze“ von Rechtsradikalen und Rechtspopulisten.

Die Verwaltung verfolgt diese Entwicklungen sorgfältig. Sie nimmt alle ordnungsrechtlichen Möglichkeiten wahr, rechtsextreme Aktivitäten zu unterbinden bzw. ihnen entgegenzutreten. Zwischen dem Ordnungs- und Bürgeramt und dem Polizeipräsidium Karlsruhe besteht traditionell eine intensive und effektive Zusammenarbeit, so bei Demonstrationen von Rechtsextremisten oder zur Verhinderung von Treffpunkten (beispielsweise in öffentlichen Versammlungsräumen), so genannter „Schulungsveranstaltungen“ und des Versuchs von rechtsextremistischen Gruppen, den Volkstrauertag zu vereinnahmen.

Die Verwaltung setzt jedoch auch eigene Akzente für eine offene und tolerante Gesellschaft, indem sie Veranstaltungen und Aktionen leitet. So ist die Stadt Karlsruhe, vertreten durch das Kulturamt, aktives Mitglied im Europäischen Städtenetzwerk gegen den Rassismus ECCAR. Für März 2013 ist erstmalig eine zweiwöchige Veranstaltungsreihe im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ geplant und bereits in Vorbereitung. In diesen Wochen werden zahlreiche Beteiligte aus dem Kulturbereich, NGOs, interkulturelle und interreligiöse Initiativen, Veranstaltungen, Gesprächsrunden und Aktionen anbieten. Durch Filme, Vorträge und kulturelle Darbietungen soll die Öffentlichkeit sensibilisiert und aufgeklärt werden über die Gefahren von intolerantem Gedankengut.

Einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Öffentlichkeit erbringt der Stadtjugendausschuss. Zu seinen Aktionen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zählen:

- das bereits im Antrag genannte Beratungsangebot im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent vor Ort“ mit einem lokalen Beratungsteam von vier Personen, die einzelfallbezogen als externe Honorarkräfte tätig werden
- in nahezu jährlichen Abständen durchgeführte Fachtagungen für Multiplikatoren (z. B. Lehrer, Sozialarbeiter) und

- die ständig weiter ausgebauten Internet-Seite [ns-in-ka.de](http://ns-in-ka.de), die den Spuren des „Dritten Reiches“ in Karlsruhe nachgeht.

Darüber hinaus ist der Stadtjugendausschuss bereits jetzt im Begriff, ein Forum zu bilden, das die verschiedenen Beteiligten im Einsatz gegen den Rechtsextremismus zusammenfasst. Für Januar 2013 ist ein weiteres Treffen einer bereits bestehenden Arbeitsgruppe anberaumt, die einen Runden Tisch aller von der Thematik berührten Einrichtungen und Gruppen vorbereiten soll. Bisher handelt es sich bei dieser Arbeitsgruppe um einen losen und noch erweiterungsbedürftigen Gesprächskreis, dem z. B. das Institut für Geschichte des KIT, das ZKM, das Stadtarchiv, das Generallandesarchiv und die PH angehören. Ein Runder Tisch soll hingegen sämtliche politische, administrative und gesellschaftliche Akteure vereinen, um Aktionen und Veranstaltungen diverser Akteure besser abstimmen zu können sowie ggf. eigene Veranstaltungen durchzuführen.

Die Verwaltung begrüßt die Initiative des Stadtjugendausschusses und unterstützt den Aufbau eines solchen Netzwerkes. Sie wird sich aktiv darin einbringen.

Darüber hinaus hat auch die IG Metall Karlsruhe die bundesweite Initiative „Respekt!“ ([www.respekt.tv](http://www.respekt.tv)) in Karlsruhe in die Betriebe und in Teile der Zivilgesellschaft getragen und macht in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungen und Informationskampagnen.

Die geschilderten bestehenden und in Bildung begriffenen Strukturen erscheinen in Anbetracht der gegenwärtigen Lage angemessen.

Sollte sich auf Dauer zeigen, dass zur Begleitung des Runden Tisches und zur Abstimmung der vielen öffentlichen und freien Initiativen eine zentrale Koordinierungsstelle notwendig ist, sollte diese jedoch nicht beim Stadtjugendausschuss, sondern wegen der größeren Verbindlichkeit des Bekenntnisfaktors im Bürgermeisteramt eingerichtet werden.